

Die Veränderungen des deutschen Parteiensystems

Niedermayer, Oskar

Postprint / Postprint

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Niedermayer, O. (2007). Die Veränderungen des deutschen Parteiensystems. *Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid*, Politische Soziologie 2007/1, 9-16. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-206149>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Veränderungen des Parteiensystems¹

Oskar Niedermayer

Das deutsche Parteiensystem war nach seiner Neuformierung nach dem Zweiten Weltkrieg einer Reihe von Veränderungen unterworfen, die zwar nicht im Sinne einer Systemtransformation zu einem völlig neuen Typus geführt, aber seine Gestalt deutlich gewandelt haben. Im Folgenden sollen die Charakteristika des heutigen Parteiensystems und die Unterschiede zu früheren Systemphasen aus der Perspektive der quantitativ-empirischen international vergleichenden Parteiensystemforschung heraus analysiert werden. Parteiensysteme werden dort durch eine Reihe von Systemeigenschaften charakterisiert, die unterschiedliche Dimensionen des Beziehungsgeflechts zwischen den das System bildenden Parteien widerspiegeln. Strukturieren lässt sich die Gesamtheit dieser Eigenschaften durch eine Typologie, die einerseits nach den beiden Untersuchung politischer Parteien üblicherweise herangezogenen Analysedimensionen und andererseits nach den beiden zentralen Ebenen des Parteienwettbewerbs differenziert. Unterschieden wird dabei eine strukturelle und inhaltliche Analysedimension auf der parlamentarisch-gouvernementalen und der elektoralen Wettbewerbsebene.

Aus der Gesamtheit der zur Analyse eines Parteiensystems heranziehbaren Systemeigenschaften sollen hier nur diejenigen herausgegriffen werden, die zur Charakterisierung des deutschen Parteiensystems absolut notwendig sind. Im Strukturbereich sind dies das parlamentarische Format sowie die elektorale Fragmentierung und Asymmetrie, im inhaltlichen Bereich die Polarisierung und Segmentierung auf beiden Wettbewerbsebenen.

Das Format eines Parteiensystems auf der parlamentarisch-gouvernementalen Ebene wird schlicht und einfach durch die Anzahl der parlamentarisch repräsentierten Parteien bestimmt. Auf der elektoralen Ebene ist dies nicht ganz so einfach. Hier reichen die Indikatoren von der Gesamtzahl der an Wahlen teilnehmenden Parteien bis hin zu unterschiedlichen Relevanzkriterien zur Inklusion bzw. Exklusion von Parteien. Sehr viel relevanter zur Beschreibung der Struktur eines Parteiensystems auf der elektoralen Ebene ist jedoch der Grad seiner Fragmentierung, also seiner Zersplitterung oder Konzentration.

Diese Eigenschaft stellt neben der reinen Anzahl der Parteien auch auf deren –durch die Stimmenanteile bei Wahlen gemessenen – Größenverhältnisse ab. Zu ihrer Operationalisierung wurde eine ganze Reihe von Indizes vorgeschlagen, wobei die »effective number of parties« die größte Verbreitung gefunden hat. Die effektive Anzahl der Parteien in einem Parteiensystem entspricht der realen Anzahl, wenn alle Parteien den gleichen Stimmenanteil aufweisen, also ein ausgeglichenes Machtverhältnis existiert. Je ungleicher das Machtverhältnis ist, desto geringer ist die effektive im Vergleich zur realen Anzahl, und bei Dominanz nur einer Partei nähert sich der Index dem Wert 1.

Der Fragmentierungsindex berücksichtigt alle Parteien eines Parteiensystems. Unter bestimmten Analysegesichtspunkten erscheint es jedoch sinnvoll, zusätzlich die Größenrelation nur der beiden

¹ Bereits erschienen in: *Parteien und Bewegungen : die Linke im Aufbruch* / Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.). Berlin: Dietz 2006, S. 101-110 (1 Tab.). ISBN: 3-320-02087-0. Reihentitel: *Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung*, 30.

größten Parteien zu betrachten. Wenn Parteiendemokratie als System potenziell alternierender Parteiregierungen gesehen wird, so kommt der prinzipiellen Chancengleichheit zum Machtgewinn überragende Bedeutung zu, und das Ausmaß, in dem diese Chancengleichheit durch längerfristige strukturelle Vorteile einer Partei im Machtwettbewerb gefährdet ist, wird durch den Grad an struktureller Asymmetrie eines Parteiensystems angezeigt. Gemessen wird diese Eigenschaft einfach durch die Differenz der Stimmenanteile der beiden dominierenden Parteien.

Die Struktureigenschaften werden ergänzt durch inhaltliche Charakteristika. Hier ist zunächst die Polarisierung zu nennen, die auf die ideologisch-programmatische Distanz zwischen den Parteien abstellt. Bei der Analyse dieser Eigenschaft muss zwischen ihrer Dimensionalität und ihrer Stärke unterschieden werden, d. h.: Es ist zum einen danach zu fragen, welches die zentralen inhaltlichen Konfliktdimensionen sind, durch die der Parteienwettbewerb charakterisiert werden kann, und zum anderen muss festgestellt werden, wie homogen oder heterogen das gesamte Parteiensystem in Bezug auf diese Dimensionen ist. Ergänzt wird diese Eigenschaft durch die in enger Beziehung zur Polarisierung stehende Segmentierung eines Parteiensystems. Die Segmentierung gibt den Grad der gegenseitigen Abschottung in Bezug auf Koalitionen wieder. Extrem segmentierte Parteiensysteme sind durch eine deutliche Abschottung der Parteien gegeneinander gekennzeichnet, während in nichtsegmentierten Systemen alle Parteien untereinander prinzipiell koalitionsfähig sind. Beide Systemeigenschaften können sowohl auf der elektoralen Ebene – also durch die Orientierungen und das Verhalten von Wählern – als auch auf der parlamentarisch-gouvernementalen Ebene – also durch die Orientierungen und das Verhalten von Parteieliten – gemessen werden.

Wie lässt sich nun das momentane deutsche Parteiensystem anhand dieser Eigenschaften charakterisieren? Zusammenfassend kann es als fluides Fünfparteiensystem bezeichnet werden. Der Terminus stellt auf die zentralen Struktureigenschaften des Parteiensystems ab: Vom parlamentarischen Format her ist es ein Fünfparteiensystem aus den beiden großen Parteien CDU/CSU (CDU und CSU werden in Systemanalysen als eine Partei gezählt) und SPD sowie der FDP, der Linkspartei, PDS und den Grünen. Es spricht einiges dafür, dass das auch in absehbarer Zeit so bleiben wird, da auch die drei kleinen Parteien mittlerweile stark genug verankert zu sein scheinen, um die zum Erreichen der parlamentarischen Repräsentation notwendige Fünf-Prozent-Hürde bei den Wählerstimmen überwinden zu können. Für die Linkspartei, PDS gilt dies jedoch nur, wenn die angestrebte Fusion mit der WASG auch in naher Zukunft tatsächlich stattfindet. Das Hinzukommen einer sechsten Partei in Gestalt der NPD oder einer ähnlichen Formation ist – trotz einiger spektakulärer Erfolge bei Landtagswahlen – aus einer Reihe von Gründen auf der Bundesebene relativ unwahrscheinlich.

Auf der elektoralen Ebene besteht im Parteiensystem eine – im Vergleich zu früher – relativ starke Fragmentierung. Bezeichnend für die Größenverhältnisse der fünf Parteien ist zum einen eine gesunkene Mobilisierungsfähigkeit der beiden Großparteien CDU/CSU und SPD und zum anderen eine offene Wettbewerbssituation zwischen den drei kleineren Parteien, d. h. es steht bei Wahlen nicht von vornherein fest, wer dritte Kraft im Parteiensystem ist. Zudem gibt es heute keine strukturelle Asymmetrie zwischen den beiden Großparteien mehr, d. h. die jahrzehntelang bestehende strukturelle Vorteilsposition der Union gehört der Vergangenheit an. Daher existiert nicht nur zwischen den drei kleineren, sondern auch zwischen den beiden großen Parteien eine offene Wettbewerbssituation. Das Beiwort »fluide« bei der Kennzeichnung des heutigen Parteiensystems bezieht sich auf diese offene Wettbewerbssituation zwischen den relevanten Parteien im Gegensatz zu dem früheren starren Gefüge.

Neben seinen Strukturcharakteristika zeichnet sich das momentane deutsche Parteiensystem durch spezifische inhaltliche Charakteristika aus. Es besteht eine zweidimensionale Polarisierung, d. h. der Parteienwettbewerb wird durch zwei wesentliche Konfliktdimensionen geprägt: eine sozio-ökonomische – vor allem in Gestalt des Sozialstaatskonflikts – und eine politisch-kulturelle Konfliktdimension, die in Zukunft in Gestalt des Konflikts zwischen abendländischer Kultur und Islam verstärkt werden könnte. Im Rahmen des Sozialstaatskonflikts bilden die Linkspartei, PDS und die FDP die beiden Pole, die beiden Großparteien – aber auch die Grünen – haben in neuerer Zeit mehr oder minder große Schwierigkeiten, sich eindeutig zu positionieren und dies den Wählern zu vermitteln. An den von der inhaltlichen Verortung der Parteien her prinzipiell möglichen Nahtstellen im Parteiensystem existieren momentan noch zwei Segmentierungslinien: diejenige zwischen Union/FDP und den Grünen, und diejenige zwischen SPD/Grünen und der Linkspartei. Die zukünftige Mehrheitsfähigkeit sowohl von schwarz-gelben als auch von rotgrünen Koalitionen ist jedoch extrem unsicher. Daraus ergibt sich auf der Ebene der Parteiliten ein starker machtstrategischer Anreiz zur Erweiterung der Koalitionsoptionen, der mittelfristig tendenziell zu einer abnehmenden Segmentierung des Parteiensystems – sprich: neuen Koalitionskonstellationen – führen dürfte, wenn die bestehende Segmentierung auf der elektoralen Ebene in Form von gegenseitigen Abneigungen zwischen den Wählerschaften einiger Parteien abgebaut werden kann.

Im Folgenden soll diese Kurzcharakterisierung des momentanen Parteiensystems mit einigen Daten (vgl. dazu auch die Tabelle am Ende des Beitrags) und weiteren Überlegungen unterfüttert werden.

Das parlamentarische Format des deutschen Parteiensystems war zwei wesentlichen Veränderungsprozessen unterworfen. Bei der ersten Bundestagswahl zogen zehn Parteien in den Bundestag ein, in den 50er Jahren reduzierte sich die Zahl dramatisch und mündete in eine Dreiparteienkonstellation aus Union, SPD und FDP, die sich erst mehr als zwei Jahrzehnte später durch das Hinzukommen der Grünen veränderte und nach der Wiedervereinigung durch das Hinzukommen der PDS zu einem Fünfparteiensystem wurde.

Der Rückgang der Zahl der im Bundestag vertretenen Parteien in den 50er Jahren war zurückzuführen auf einen starken Konzentrationsprozess des Parteiensystems auf der elektoralen Ebene, d. h. eine – durch die bundesweite Einführung der Fünf-Prozent-Klausel begünstigte – Konzentration der Wählerstimmen auf wenige Parteien, die zu einem wesentlichen Rückgang der Fragmentierung führte. Seit den 80er Jahren steigt jedoch die Fragmentierung wieder an, und heutzutage ist das Parteiensystem wieder stärker zersplittert als Anfang der 50er Jahre. Dies ist wesentlich auf einen Rückgang der Mobilisierungsfähigkeit der beiden Großparteien zurückzuführen. Konnten sie zu ihrer Hochzeit in den 70er Jahren 82 Prozent der Wahlberechtigten für sich mobilisieren, so waren es bei der Bundestagswahl 2005 nur noch 53 Prozent. Dies ist nach 1949 der schlechteste Wert, den die beiden Parteien zusammengenommen je erreicht haben.

Die drei kleinen Parteien haben sich in den Wahlergebnissen so stark angenähert, dass zwischen ihnen eine prinzipiell offene Wettbewerbssituation um den dritten Platz im Parteiensystem entstanden ist. Durch den Aufstieg der PDS in den 90er Jahren waren sie sich schon im Jahre 1998 sehr nahe. Mit der Bundestagswahl 2002 schien sich die PDS dann aber aus dem Rennen um die dritte Kraft verabschiedet zu haben. Allerdings war diese Wahl ein Ausnahmefall, weil es die Partei – von den früheren Erfolgen verwöhnt – versäumte, zu Beginn des neuen Jahrtausends die personellen, inhaltlich-programmatischen und koalitionsstrategischen Voraussetzungen für eine Verstärkung ihres Wählerpotenzials zu schaffen und daher an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte und nur noch mit zwei direkt gewählten Abgeordneten im Parlament vertreten war. Mit einem Führungswechsel und der

Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms als innerparteilicher Voraussetzung und einer auf die Präsentation als einziger Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Protests gegen den Sozialabbau ausgerichteten Wahlkampfstrategie konnte sie sich bei der Europawahl 2004 jedoch ihren Platz im bundesweiten Parteiensystem zurückerkämpfen, und durch die Zusammenarbeit mit der westdeutsch geprägten WASG in Form der Platzierung von WASG-Mitgliedern auf einer offenen Liste einer in »Die Linkspartei. PDS« umbenannten PDS etablierte sie sich bei der Bundestagswahl 2005 als ernstzunehmende Mitbewerberin um die Rolle als dritte Kraft im deutschen Parteiensystem. Diese Rolle ist jedoch solange gefährdet, wie es nicht gelingt, den endgültigen Zusammenschluss mit der WASG zu realisieren und auf diese Weise die Voraussetzung für eine dauerhafte Überwindung der Schwäche in Westdeutschland zu schaffen.

Die prinzipiell offene Wettbewerbssituation galt ganz zu Anfang der Bundesrepublik auch für die Union und die SPD. Beide erreichten bei der ersten Bundestagswahl 1949 annähernd den gleichen Stimmenanteil. In den 50er Jahren vollzog sich jedoch ein Konzentrationsprozess zugunsten der Union, der sie schon ab Mitte des Jahrzehnts gegenüber der SPD in eine strukturelle Vorteilsposition brachte. Die Gründe hierfür lagen darin, dass die Union einerseits als Regierungspartei den gesellschaftlichen Wandel und die ökonomische Prosperitätsphase (Wirtschaftswunder) sehr viel stärker für sich nutzen konnte als die SPD und andererseits eine aktive Integrationsstrategie betrieb, die auf das gesamte bürgerliche Wählerpotenzial zielte und das bürgerlich-konservative Parteienspektrum weitgehend absorbierte. Die strukturelle Asymmetrie zugunsten der Union – die vielbeschworene »bürgerliche Mehrheit« – hielt bis Mitte der 90er Jahre an. In diesen vier Jahrzehnten konnte die SPD die Union nur ein einziges Mal knapp schlagen: bei der Bundestagswahl 1972, wo die beiden kurzfristigen Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens, die Kandidaten- und die Sachthemenorientierung maximal zugunsten der SPD und zu Lasten der Union wirkten. Die nach einem gescheiterten konstruktiven Misstrauensvotum der Union gegen Willy Brandt vorgezogene Bundestagswahl wurde zum Vertrauensvotum der Wähler für den beliebten Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger stilisiert, und die thematische Ausrichtung des Wahlkampfes auf die neue Ostpolitik führte zu einer starken Mobilisierung der Bevölkerung einschließlich eines Teils der bürgerlichen Klientel zugunsten der SPD.

Erst 1998 konnte die SPD die Union wieder überflügeln, und diesmal sehrdeutlich. Dies ist sicherlich auch auf eine Reihe von kurzfristigen Faktorenzurückzuführen, vor allem darauf, dass es der SPD gelang, eine Allianz der modernisierungsorientierten bürgerlichen Wählerschichten der »neuen Mitte« mit ihrer Traditionswählerschaft aus dem Arbeiter- und Gewerkschaftsmilieu zu schmieden. Der Machtverlust der Union war jedoch nicht nur auf kurzfristige Einflussfaktoren zurückzuführen, sondern auch Ausdruck langfristiger Entwicklungen. Aufgrund ihrer historischen Wurzeln in der konfessionellreligiösen Konfliktlinie besteht, trotz ihres Gründungsanspruchs als konfessionsübergreifender Partei, die traditionelle Kernklientel der Union aus den kirchengebundenen Katholiken. Dieser Kern schmolz aufgrund der sozio-kulturellen Wandlungsprozesse in den letzten Jahrzehnten jedoch zusehends und ist durch das Hinzukommen der ostdeutschen katholischen Diaspora nochdeutlich kleiner geworden. Neben der Erosion des Katholischen verliert die Union immer stärker eine Reihe von weiteren Machtressourcen, die ihr in der Vergangenheit erlaubt hatten, eine breite Koalition bürgerlicher Wählerschichten zu schmieden: Der forsche Wirtschaftsliberalismus eines Teils der Führungsschicht teilt das christlich-bürgerliche Lager, mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und dem Ansteuern der politischen Mitte durch die SPD entfiel der Antikommunismus als integrative Klammer der verschiedenen bürgerlichen Milieus, und der Anteil der im goldenen christdemokratischen Zeitalter der Adenauer-Ära politisch sozialisierten und an die Union gebundenen Generation

an der Wählerschaft schrumpft zusehends. Hinzu kommen spezifische Mobilisierungs-, Identitäts- und Organisationsprobleme der CDU in Ostdeutschland.

All dies deutet darauf hin, dass die jahrzehntelange strukturelle Asymmetrie zugunsten der Union in Zukunft nicht mehr bestehen wird. Sie wird in Zukunft wohl auch nicht durch eine neue Asymmetrie zugunsten der SPD ersetzt werden, da beide Parteien auf die Treue ihrer Wähler immer weniger zählen können. Vielmehr haben wir es mit einer offenen Wettbewerbssituation der beiden Großparteien zu tun.

Wenden wir uns nun den inhaltlichen Charakteristika des Parteiensystems zu, und zwar zunächst der Dimensionalität und Stärke der Polarisierung. Das deutsche Parteiensystem ist durch eine zweidimensionale Konfliktstrukturgekennzeichnet. Der Wettbewerb zwischen den politischen Parteien wird von zwei grundlegenden Dimensionen von Wertekonflikten über leitende Prinzipien politischen Handelns bzw. fundamentale politische Zielvorstellungen dominiert, nämlich: (1) eine sozio-ökonomische Konfliktdimension zwischen der Betonung des Primats der Politik auf der einen und des Primats der Ökonomie auf der anderen Seite, und (2) eine politisch-kulturelle Konfliktdimension zwischen libertären und autoritären Wertvorstellungen.

Die Gründe für die Herausbildung libertärer und autoritärer Wertesysteme werden im sozio-ökonomischen Wandel von der klassischen Industriegesellschaft zur globalisierten postindustriellen Gesellschaft gesehen. Deren zentrales Kennzeichen ist die gleichzeitige Zunahme von Chancen und Risiken. Die Auswirkungen für die Menschen sind jedoch ungleich verteilt, d. h.: Je nach ihren mentalen Kapazitäten und nach ihrer konkreten Lebenswelt nehmen Individuen eher die neuen Chancen wahr oder aber fürchten die Risiken. Dies trägt entweder zu einer libertären »Öffnung« hin zu moralischer und kultureller Permissivität bei oder aber zu einer schutzsuchenden »Schließung« mit Hilfe autoritärer Schemata. Spezifische Konfliktlinien in diesem Bereich, die durch politische Auseinandersetzungen in den letzten Jahren konkretisiert wurden, sind z. B. der Kulturkonflikt (Hegemonität der eigenen Kultur vs. Multikulturalität) und der Lebensstilkonflikt (Anpassung an Traditionen vs. Leben nach eigenen Vorstellungen).

Die sozio-ökonomische Konfliktdimension stellt sich in den modernen Gesellschaften als Wertekonflikt um die Frage dar, wem das Primat zu kommt: der Wirtschaft oder der Politik. Auf dem einen Konfliktpol wird die Auffassung vertreten, dass die Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen gänzlich dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb überantwortet werden soll, während auf dem anderen Pol für eine Korrektur von ungleichen Verteilungsergebnissen des Marktes durch politische Interventionen plädiert wird. Dabei wird von beiden Seiten primär mit unterschiedlichen Konzeptionen des Grundwerts der Gerechtigkeit argumentiert, aber auch auf die beiden anderen Grundwerte der Freiheit und Gleichheit Bezug genommen. Nach der traditionellen Gerechtigkeitskonzeption sind Verteilungsergebnisse des Marktes, die nach bestimmten Grundregeln zustande kommen (Achtung fremden Eigentums, Einhaltung in Freiheit eingegangener Verträge), auch gerecht. Politik hat demnach nur – durch Gewährleistung der Marktfreiheit – die Einhaltung der Grundregeln zu sichern. Damit wird auf den Grundwert der Freiheit rekurriert, und Gerechtigkeit stellt sich als Leistungsgerechtigkeit dar.

Im Rahmen der Gegenpositionen, die für politische Interventionen eintreten, lassen sich drei Begründungszusammenhänge unterscheiden: (1) der sozialstaatliche Interventionismus: Hier werden materiell ungleiche Marktergebnisse als sozial ungerecht angesehen, es wird auf den Grundwert der Gleichheit rekurriert, und Gerechtigkeit stellt sich als Verteilungsgerechtigkeit dar; (2) der ökologi-

sche Interventionismus: Hier werden gegenwärtige Markttransaktionen gegenüber den zukünftigen Marktteilnehmern als ungerecht angesehen, da sie die Kosten der Umweltschädigung nicht mit einbeziehen, und Gerechtigkeit stellt sich als Generationengerechtigkeit dar; (3) der protektionistische Interventionismus: Hier werden die unter den Bedingungen globaler Marktfreiheit zustande kommenden Verteilungsergebnisse als gegenüber dem eigenen Volk ungerecht angesehen, das im Sinne einer protektionistischen Gerechtigkeitsvorstellung vor dem globalisierten Markt geschützt werden muss.

Der Wettbewerb zwischen den politischen Parteien spielt sich in diesen beiden Konfliktdimensionen ab, und in den letzten Jahren wurde eine ganze Reihe von spezifischen Konfliktlinien durch konkrete politische Auseinandersetzungen um konfliktäre Themen relevant. Von überragender Bedeutung ist jedoch die sozio-ökonomische Konfliktdimension in Gestalt des Sozialstaatskonflikts, der durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates lange Zeit in seiner Bedeutung zurückgedrängt war, spätestens seit den 90er Jahren aber durch dreiwesentliche Veränderungen der Rahmenbedingungen revitalisiert wurde: die Globalisierung des Marktgeschehens, den demographischen Wandel in Gestalt der zunehmenden Alterung der Gesellschaft und die deutsche Vereinigung mit ihren zunehmenden finanziellen Folgelasten.

Die beiden Großparteien SPD und Union haben zu lange nicht auf die Veränderung der Realität reagiert. Dann haben beide Parteivorsitzenden versucht, die Positionierung ihre Parteien im Rahmen des Sozialstaatskonflikts in Richtung des Marktfreiheitspols zu verschieben und in ihrer realen Politik – siehe die Agenda 2010 von Gerhard Schröder, bzw. in ihrer politischen Konzeption Angela Merkels Programm auf dem Leipziger Parteitag – sozialstaatliche Interventionen zurückgefahren und stärker auf die Freisetzung der Marktkräfte gesetzt. Im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005 hat sich die SPD – unter Ausnutzung strategischer Fehler der Union – wieder stärker als Sozialstaatspartei profiliert und durch ein klassisches »negative campaigning« die Union mit dem Stigma des Verrats am Grundwert der sozialen Gerechtigkeit belegt. Keine der beiden Großparteien hat sich jedoch im Sozialstaatskonflikt schon eindeutig positioniert. Weder die SPD noch die Union haben bisher eine innerparteilich breit akzeptierte, wertmäßig fundierte und in eine konkrete Politikkonzeption gegossene Antwort auf die dramatisch veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen gefunden und ihren Wählern in einer sinnvollen Weise vermittelt. Vor allem diesem Umstand ist die deutliche Verringerung der Mobilisierungsfähigkeit der Großparteien bei der Bundestagswahl 2005 zuzuschreiben.

Auch die Grünen haben ihre Position noch nicht wirklich gefunden, die inhaltliche Diskussion aber erst einmal vertagt. Die klarste Verortung weisen die Linkspartei und die FDP auf, die sich im gegenwärtigen deutschen Parteiensystem in Bezug auf die sozialstaatliche Konfliktlinie als die beiden Parteien positioniert haben. Sie befinden sich damit in vollem Einklang mit ihrer Wählerschaft: Danach gefragt, welchem gesellschaftlichen Grundprinzip man den Vorzug gibt, einer solidarischen Gesellschaft oder einer reinen Leistungsgesellschaft, sprechen sich mehr als vier Fünftel der Anhänger der Linkspartei, aber nur ein knappes Drittel der FDP-Anhänger, für das Solidarprinzip aus. Fast zwei Drittel der FDP-Anhänger, aber nur ein Achtel der Anhänger der Linkspartei, sind für das Leistungsprinzip. Zudem war für die Wähler der Linkspartei die soziale Gerechtigkeit mit weitem Abstand das wichtigste Thema für ihre Wahlentscheidung (Daten aus den Vorwahlbefragungen und der Wahltagsbefragung von Infratest dimap).

Unklarer ist für die Linkspartei dagegen noch die Verortung auf der politisch-kulturellen Konfliktdimension, d. h. in Bezug auf die Konflikte zwischen libertären und autoritären Wertvorstellungen. Im

Wahlkampf gab es in dieser Hinsicht widersprüchliche Signale, wenn man z. B. an die Fremdarbeiter-Äußerungen Lafontaines und die Reaktionen darauf denkt. Hier ist noch Positionierungsarbeit zu leisten, auch im Hinblick darauf, dass diese Konfliktdimension in Zukunft wohl an Relevanz zunehmen wird.

Die inhaltliche Positionsbestimmung der Parteien auf den beiden Konfliktlinien geht einher mit der Frage, wie sich die Segmentierung des Parteiensystems und damit die Koalitionsarithmetik in naher Zukunft entwickeln wird. Momentan gibt es an den von der inhaltlichen Verortung der Parteien her prinzipiell möglichen Nahtstellen im Parteiensystem zwei zentrale Segmentierungslinien: zum einen die zwischen Union/FDP und den Grünen, und zum anderen die zwischen SPD/Grüne und der Linkspartei. Angesichts der beschriebenen Strukturcharakteristika des Parteiensystems ist die zukünftige Mehrheitsfähigkeit von Zweierkoalitionen – jenseits einer Großen Koalition – also sowohl von Schwarz-Gelb als auch von Rot-Grün – jedoch extrem unsicher. Daraus ergibt sich für die Parteiliten ein starker machstrategischer Anreiz zur Erweiterung der Koalitionsoptionen.

Nachdem eine mögliche Koalition zwischen Union und Grünen bisher immer nur fiktiv diskutiert worden war, erhielt diese Option nach der Bundestagswahl durch die Spekulationen und Gespräche um eine »Jamaika-Koalition« aus Union, FDP und Grünen erstmals einen realen machtpolitischen Hintergrund. Auch wenn die Gespräche diesmal noch sehr schnell scheiterten, werden die strategischen Überlegungen in dieser Richtung weitergehen. Zu vermuten ist, dass – wenn sich von den rechnerischen Mehrheitsverhältnissen her eine Gelegenheit ergibt – wie in anderen Fällen auch die Landesebene aus bundespolitischer Sicht als Experimentierfeld dienen wird, um die Funktionsfähigkeit einer schwarz-grünen Koalition auszutesten. Allerdings ist es mit einer Überwindung der Segmentierung auf der Ebene der Parteiliten nicht getan, da die elektorale Segmentierung auf Bundesebene hier noch sehr deutlich ist, wie die ersten Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage nach der Bundestagswahl 2005 im Rahmen des u. a. vom Verfasser geleiteten Forschungsprojekts »Bürger und Parteien« zeigen: Insbesondere die Wählerschaften von Grünen und CSU halten von der jeweils anderen Partei herzlich wenig.

Auch bei der SPD, den Grünen und der Linkspartei gibt es Stimmen, die fordern, die Segmentierung zwischen diesen Parteien zu überwinden und die von den Wahlergebnissen her seit 1998 rechnerisch existierende »linke Mehrheit« in absehbarer Zukunft auch koalitionspolitisch umzusetzen. Erleichtert werden könnte dieser Prozess durch die Tatsache, dass die koalitionspolitische Inklusion der Linkspartei auf Landesebene in mehreren Bundesländern schon vollzogen ist. Auch hier ist jedoch zu beachten, dass zwar die Wählerschaft der Linkspartei nach den Ergebnissen des obigen Forschungsprojekts einer solchen Option nicht wirklich ablehnend gegenübersteht, bei den Grünen- und insbesondere den SPD-Wählern aber deutliche Aversionen gegenüber der Linkspartei bestehen, sodass noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden müsste, um eine rot-rot-grüne Koalitionsoption auf der elektoralen Ebene abzusichern.

Tabelle 1: Die Entwicklung des Parteiensystems 1949-2005

Jahr	Bundestagswahlergebnisse (in %)						MOB	FRA	ASY	PF
	CDU/ CSU	SPD	FDP	GRÜNE	PDS (Linke.)	Sonst.				
1949	31,0	29,2	11,9	-	-	19,1	45,8	4,84	1,8	10
1953	45,2	28,8	9,5	-	-	16,5	61,6	3,31	16,4	6
1957	50,2	31,8	7,7	-	-	10,3	69,2	2,76	18,4	4
1961	45,3	36,2	12,8	-	-	5,7	68,7	2,83	9,1	3
1965	47,6	39,3	9,5	-	-	3,6	73,6	2,56	8,3	3
1969	46,1	42,7	5,8	-	-	5,4	75,7	2,50	3,4	3
1972	44,9	45,8	8,4	-	-	0,9	82,0	2,39	-0,9	3
1976	48,6	42,6	7,9	-	-	0,9	82,0	2,36	6,0	3
1980	44,5	42,9	10,6	1,5	-	0,5	76,7	2,54	1,6	3
1983	48,8	38,2	7,0	5,6	-	0,4	76,8	2,55	10,6	4
1987	44,3	37,0	9,1	8,3	-	1,3	67,9	2,87	7,3	4
1990	43,8	33,5	11,0	5,0	2,4	4,3	59,4	3,13	10,3	5
1994	41,5	36,4	6,9	7,3	4,4	3,5	60,6	3,15	5,1	5
1998	35,1	40,9	6,2	6,7	5,1	6,0	61,7	3,31	-5,8	5
2002	38,5	38,5	7,4	8,6	4,0	3,0	60,2	3,21	0,0	5
2005	35,2	34,2	9,8	8,1	8,7	4,0	53,1	3,77	1,0	5

MOB = Mobilisierungsfähigkeit der beiden Großparteien (Anteil der CDU/CSU- und SPD-Wähler an den Wahlberechtigten); FRA = Fragmentierung (effektive Anzahl der Parteien); ASY = Asymmetrie (Differenz der Stimmenanteile von CDU/CSU und SPD in Prozentpunkten); PF = parlamentarisches Format (Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien).

Quelle: eigene Berechnungen auf der Basis der amtlichen Wahlstatistik.

Zur Person

Oskar Niedermayer ist Professor für Politische Wissenschaft am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin, u.a. wissenschaftlicher Leiter der Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie am Otto Stammer Zentrum (OSZ).